

10.06.2016

## Arbeitsgemeinschaft beklagt Mobbing gegen Kriegsdienstverweigerer

epd

Bonn (epd). Trotz der Aussetzung der Wehrpflicht sind Beratungsangebote für Kriegsdienstverweigerer nach Worten des evangelischen Friedensbeauftragten Renke Brahms weiter nötig. "Es gehört zu den elementaren friedensethischen Aufgaben der Kirche, das Gewissen zu beraten und zu schärfen", sagte Brahms am Freitag am Rande des Festakts zum 60-jährigen Bestehen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) in Bonn. Auch wenn die Zahl der Beratenen in Deutschland nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 geringer geworden sei, sei die evangelische Kirche "heilfroh", dass die EAK noch diesen Dienst erfülle, sagte der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Heute seien es vor allem aktive Soldaten und Soldatinnen, freiwillig Wehrdienstleistende, aber auch Reservisten, die ihr Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nähmen. "Gerade wir Deutschen haben aus unserer historischen Erfahrung heraus die Verantwortung, uns im Rahmen unserer politischen Vernetzung für dieses Recht starkzumachen", betonte Brahms, der auch leitender Geistlicher der Bremischen Landeskirche ist.

Der EKD-Friedensbeauftragte warnte auch davor, bei der Werbung um neue Rekruten den Dienst in der Bundeswehr zu verharmlosen. "Soldaten sind nicht per se Mörder, aber sie sind doch potenzielle Kriegsteilnehmer."

Nach Worten von EAK-Referentin Jasmin Schwarz gab es in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg bei den Beratungen für Kriegsdienstverweigerer. "Meist sind es Soldaten Mitte 20, sie haben sich auf 16 bis 18 Jahre verpflichtet, und plötzlich machen sie sich klar, dass sie nun wirklich zum Dienst an die Waffe gerufen werden können", sagte Schwarz. Nach ihren Worten wurden im Jahr 2015 knapp 300 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt. Zahlen, wie viele Anträge abgelehnt werden, lägen aktuell nicht vor, hieß es.

Schwarz wies darauf hin, dass das Verfahren lang und schwierig sei. So müssten die Betroffenen oft zwei Jahre warten, bis überhaupt ein Gerichtverfahren eröffnet werde. Wenn sie ihre Bedenken in der Bundeswehr äußerten, würden sie oft Opfer sozialer Ausgrenzung und teils sogar schweren Mobbings.

Auch der EKD-Friedensbeauftragte Brahms beklagte: "In weiten Teilen der Truppe gilt Kriegsdienstverweigerung als vorgeschobener Grund, die Truppe zu verlassen." Er appellierte an die evangelischen Seelsorger in der Bundeswehr, unter Führungsoffizieren um Verständnis für die Situation von Kriegsdienstverweigerern zu werben.

Der EAK-Bundesvorsitzende Christoph Münchow beklagte, dass in anderen Ländern das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung "mit Füßen getreten" werde. Er verwies auf die Situation in der Türkei, Israel, Griechenland und Südkorea. "Wir fordern die Bundesregierung auf, in Gesprächen mit diesen Ländern auch die Frage nach Kriegsdienstverweigerung zum Thema zu machen."

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) wurde 1956 nach der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht gegründet, um Kriegsdienstverweigerern Beratung anzubieten. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung war bereits 1949 im Grundgesetz festgeschrieben worden. Die EAK beschäftigt sich

zudem mit Friedensethik, Friedenstheologie und -pädagogik.